

Beschluß der Bürgerschaft

vom 6. December 1871.

1. Landstraße vom Mühlenfelde nach der Osterholzer Chaussee.

Die Bürgerschaft genehmigt ihrerseits die diesen Gegenstand betreffenden Anträge der Baudeputation, Abtheilung Wegbau, bewilligt die veranschlagten Gesamtkosten von 21,280 M und ist damit einverstanden, daß davon einstweilen 5000 M als definitive Ausgabe und 5000 M als Vorschuß auf das Budget von 1872 genommen werden.

2. Nachbewilligungen für den Bahnhof.

Auch die Bürgerschaft erklärt sich mit den beantragten Nachbewilligungen von resp. 8600 M für Einrichtung provisorischer Locomotivstände auf dem hiesigen Bahnhofe, und von 350 M für Umbau einer Telegraphenbude daselbst auf das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen einverstanden.

Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft

vom 8. December 1871.

1. Areal für ein Schulgebäude in Bremerhaven.

Der Gemeinderath zu Bremerhaven hat sich an den Senat mit dem Gesuche gewandt, ihm für den Bau eines Knabenvolkschulgebäudes ein Areal an der Grenz- oder einer andern Straße in Bremerhaven unentgeltlich zu überweisen. Zur näheren Begründung führt der Gemeinderath an:

In der Volksschule für Mädchen seien alle Classen so überfüllt, daß nicht einmal für alle Kinder Sitzplätze vorhanden seien. Raum minder dringend sei das Raumbedürfnis für die Knabenvolkschule, da in den letzten fünf Jahren die Zahl ihrer Classen um vier, die Zahl der Schüler um 229 sich vermehrt habe und zu neuer Erweiterung der Platz fehle. Unter diesen Umständen habe man in ernstliche Ueberlegung ziehen müssen, auf welche Weise am besten neue Localitäten beschafft werden könnten. Dem Gedanken, das alte Mädchenschulgebäude um ein Stockwerk zu erhöhen, habe aus technischen Gründen keine Folge gegeben werden können, und sei man schließlich allseitig zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur durch Verlegung der Mädchenschule in das Gebäude der Knabenschule, durch Ueberweisung des Mädchenschulgebäudes an die Elementarclassen der Realschule und durch Errichtung eines neuen Gebäudes für eine 24-classige Knabenvolkschule gründlich und für längere Zeit geholfen werden könne. Auf den Bericht der Schulcommission habe der Gemeindeausschuß im Princip mit dem Bau und der Verwendung von 25- bis 30,000 M zu diesem Zwecke sich einverstanden erklärt und den Gemeinderath beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Der Gemeinderath hoffe auf staatsseitige unentgeltliche Ueberweisung eines etwa auf 45,000 bis 50,000 Quadratfuß zu bemessenden Bauplatzes, in Anbetracht des hohen Interesses, welches der Staat an der Hebung des Volksschulwesens habe, und in Erwägung der erheblichen Opfer, welche die Gemeinde zur steten Förderung ihres Schulwesens sich auflege.

Nachdem der Senat die Eingabe des Gemeinderaths der Deputation für Häfen etc. zur Begutachtung mitgetheilt und diese bei der unentgeltlichen Ueberweisung eines an der Grenzstraße belegenen, 40,000 Quadratfuß umfassenden, in anliegendem Grundplane mit Dinte bezeichneten Platzes zu dem angegebenen Zwecke nichts zu erinnern gefunden hatte, ist er seinerseits zu der Ueberzeugung gelangt, daß obwaltenden

Anlage I (Hif).